

# „Stadt und Kirche im 21. Jahrhundert – Das Glaubensbekenntnis eines Kommunalpolitikers“ Ökumenischer Universitätsgottesdienst am 9. Februar 2020

Oberbürgermeister Dr. Klaus Weichel, Kaiserslautern

Der Titel meiner Rede war angekündigt unter dem Titel „Stadt und Kirche im 21. Jahrhundert“. Aus aktuellem Anlass möchte ich meine heutigen Ausführungen aber unter den Titel stellen: „Ist Kommunalpolitik noch interessant für Kommunalpolitiker?“ Oder: „*Das Glaubensbekenntnis eines Kommunalpolitikers*“.  
Ich fürchte, das wird eine nicht ganz bequeme Kanzelrede für Sie.

Gesellschaft befindet sich in einem permanenten Wandel. Die Megatrends hinterlassen ihre Spuren und haben dies immer getan. Waren es früher etwa Themen wie Abrüstung oder Gleichstellung, die die Menschen bewegt und den Diskurs geprägt haben, so sind es heute etwa Klimaschutz, die Digitalisierung oder der Einfluss der sogenannten sozialen Medien auf unser Handeln.

Sie als Kirche ebenso wie wir als Behörde stehen vor der ständigen Frage, wie viel davon wir in unser Tun und in unser Selbstverständnis einfließen lassen.

Gesellschaftliche Entwicklungen schlagen sich in Form sich ändernder Erwartungshaltungen in unseren Aufträgen nieder. Erwartungen ändern sich, andere kommen neu hinzu. Ein klassisches Beispiel dafür ist das aufkommende Umweltbewusstsein in Deutschland ab den 70er Jahren. In Politik und Verwaltung wurden als Antwort entsprechende Strukturen geschaffen. Umweltministerien sind entstanden. Auch wir als Stadtverwaltung haben seit vielen Jahren ein Umweltreferat.

Oder die Flüchtlingswelle, die bedarfsgemäß in vielen Kommunen, so auch in Kaiserslautern, dazu geführt hat, dass neue Verwaltungseinheiten aus dem Boden gestampft wurden, um schnell reagieren zu können. Bei uns war das die Stabsstelle Asyl, gebildet im Januar 2015.

Beispiele, wie gesamtgesellschaftliche Entwicklungen die Strukturen im Rathaus verändert haben, gibt es viele.

Parallel dazu hat sich die Art und Weise, wie die Menschen und die Verwaltung miteinander interagieren, massiv verändert.

Aus einst hoheitlich operierenden Amtsstuben sind breit aufgestellte bürgernahe Dienstleistungszentren geworden. Guter, freundlicher und vor allem schneller Service ist gefragt, bei maximaler Transparenz, größtmöglicher Einflussnahme und permanenter Erreichbarkeit.

Große gesellschaftliche Entwicklungen formen neue Verwaltungsstrukturen, sie verändern aber auch die Qualität der politischen Auseinandersetzung. Demokratie wird in der Kommune ganz unmittelbar erlebt. Versagen oder vermeintliches Versagen der Verantwortlichen führt sehr schnell zu pauschaler Politikverdrossenheit.

Ich selbst erkenne in der Reflexion meiner doch nun 30 Jahre langen politischen Erfahrungen mit großer Sorge Trends, die sich mehr oder minder stark ausgeprägt im politischen Handeln abbilden und sich ganz konkret auf die Arbeit von Kommunalpolitikern auswirken.

Das ist zum ersten die gestiegene Erwartungshaltung, mit der wir Politiker uns auseinandersetzen müssen. Gefragt ist heute der omnipotente Problemlöser, der sich um alles zu kümmern hat und auch alles kann. Und das natürlich völlig unabhängig von den tatsächlichen Zuständigkeiten.

So wurde etwa ein Amtskollege aus Baden-Württemberg aufgefordert, persönlich den Stau auf der Autobahn zu beseitigen. Egal, um welches Problem es geht: Der Bürgermeister ist schuld und muss sich darum kümmern. Jede Müllablagerung ist mein Problem, auch für fehlendes Wasser im Gelterswoog habe ich zu sorgen. Und wehe wir tun das nicht!

Damit komme ich direkt schon zu meinem zweiten Trend, nämlich dem sinkenden Ansehen meiner Zunft.

Die Vorstellung, dass der Bürgermeister für alles zuständig ist, führt zwangsläufig zu Enttäuschungen. Nämlich immer dann, wenn der Bürgermeister das Problem eben nicht beseitigt.  
Oder anders ausgedrückt: Wenn er nicht das tut, was der Bürger gerne hätte. Dann wird ihm pauschal entweder Unfähigkeit unterstellt oder böse Absicht.

Letzteres gerne im Verbund mit Verschwörungstheorien. Der Amtsträger wird als Marionette oder Helfershelfer einer unsichtbaren Macht gesehen, die im Hintergrund die Fäden zieht. Das perfekte Beispiel dafür steht vor Ihnen: Im Auftrag dubioser Großunternehmer arbeite ich bekanntermaßen derzeit mit allen Mitteln daran, den FCK zu zerstören, um damit den Weg für ein Mega-Invest auf dem Betzenberg freizumachen. Das glauben viele Menschen da draußen tatsächlich.

Wir bemerken eine fortgeschrittene Erosion des Vertrauens in Mandatsträger, gefolgt von einem rasanten Niedergang des Ansehens und der Autorität.

So oder so: Das Misstrauen in die Kommunalpolitik steigt. Was liegt also näher, als das Heft selbst in die Hand zu nehmen?

Bei immer mehr politischen Entscheidungen verlangen die Menschen Mitspracherecht, umfassende Bürgerbeteiligungen werden permanent eingefordert. In ganz Deutschland schießen Bürgerinitiativen aus dem Boden.

Ich sehe das sehr ambivalent.

Demokratie braucht Beteiligung und Mitwirkung. Sie ist auf Transparenz angewiesen, sie ist lebendig, wenn es viel Meinungs austausch und ein gemeinsames Suchen nach Lösungen gibt.

Gerade in einer Kommune, unserer kleinsten demokratischen Einheit, spielt Beteiligung eine große Rolle. Viele Aufgaben lassen sich nur bewältigen, wenn die Bürgerschaft sie mitträgt. Ich erinnere erneut an den Flüchtlingszustrom im Jahr 2015, den wir ohne freiwilliges bürgerschaftliches Engagement nicht hätten bewältigen können.

Ganz klar ist für mich jedoch auch: Beteiligung braucht Grenzen.

Wir leben in einer repräsentativen Demokratie. In festen Abständen kandidieren Bürgerinnen und Bürger für die Mitgliedschaft in einem Entscheidungsgremium, sei es der Bundestag, der Landtag oder unser Stadtrat. Dieses Gremium ist der Souverän, und daran sollten wir nicht rütteln. Wer mitentscheiden möchte, hat stets die Möglichkeit, sich zur Wahl aufstellen zu lassen. Das System bietet jedermann die Chance, dies zu tun.

Über allem sollte dabei stets die Wahrung des Gemeinwohls stehen, nicht die Durchsetzung von Individualinteressen und Minderheitenmeinungen, egal wie lautstark sie vorgetragen werden.

Es müssen die entscheiden, die auch aufgrund ihres Mandats letztendlich die Verantwortung übernehmen müssen. Keine Bürgerinitiative übernimmt die Verantwortung für ihre Forderungen.

Der zweite Grund, der mich mit Skepsis auf viele Bürgerinitiativen blicken lässt, ist die offensichtliche Widersprüchlichkeit, die vielen dieser Bewegungen zu Grunde liegt. Widersprüchlichkeit, um nicht zu sagen: Doppelmoral.

Wir sind alle für Umweltschutz, kaufen aber im Dezember Heidelbeeren aus Chile und fliegen alljährlich in Urlaub.

Wir fliegen in Urlaub, wollen aber keinen Fluglärm.

Wir wollen alle möglichst viele Arbeitsplätze, wollen aber keine neuen Industriegebiete und schon gar keine neuen Straßen, um diese anzubinden.

Wir sind alle für die Energiewende, wollen aber keine Windräder.

Wir verlangen Mobilfunkempfang im tiefsten Tal im Pfälzer Wald, wollen aber keine Sendemasten.

Und wehe dem, das Windrad, der Sendemast oder das neue Industriegebiet entstehen vor der eigenen Haustür.

Die deutsche Bauleitplanung ist so umfangreich und demokratisch wie nie zuvor und deckt von Artenschutz bis Lärmschutz alle relevanten Belange ab. Für gefälltete Bäume müssen Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt werden. Offenlegung von Akten und formelle Bürgerbeteiligung sind ohnehin Standard.

Und dennoch steigt die Zahl der Klagen gegen Bauprojekte Jahr für Jahr um 25 Prozent. Planungszeiten von 20 Jahren sind keine Seltenheit mehr.

„Not in my Backyard“ heißt das Phänomen, das schon lange bekannt ist, in den letzten Jahren aber massiv zugenommen hat.

Wir erleben das auch in Kaiserslautern. Nur ein Beispiel: Von den vielen Informationsveranstaltungen, die wir 2015 und 2016 zum Thema Flüchtlinge angeboten haben, waren eigentlich immer nur die gut besucht, wo es um die Einrichtung einer neuen Unterkunft in der Nachbarschaft ging.

Die Menschen werden offenbar nur aktiv, wenn sie sich unmittelbar bedroht fühlen.

Hintergrund ist immer die Angst, etwas zu verlieren, die Angst vor Veränderungen, die Angst, die eigene „Komfortzone“ verlassen zu müssen.

Diese Ängste müssen wir als politisch Verantwortliche sehr ernst nehmen. Es ist grundsätzlich positiv zu bewerten, dass Menschen nicht alles klaglos hinnehmen, was der Staat beschließt.

Die Gefahr, die ich dabei aber sehe, ist die Gefahr der Dominanz von Individualinteressen, gefolgt von Stagnation. Es gibt keinen Fortschritt ohne Risiko. Und keinen Fortschritt ohne Reibungsverluste.

Wenn wir versuchen, es jedem einzelnen Bürger Recht zu machen, nehmen wir uns jeglichen Gestaltungsspielraum. Politik würde beliebig.

Wenn man Politiker wird, dann weiß man vorher, dass nicht alle Tätigkeiten vergnügungssteuerpflichtig sind.

Politischer Gegenwind und Kritik sind Teil des Amtsgeschäfts. Das war immer so und das muss auch so sein.

Was wir jedoch in jüngerer Vergangenheit erleben müssen, das geht weit darüber hinaus, und das betrifft sowohl den Umgang von Politikern untereinander als auch den Umgang von Politikern und Bürgern.

Die sozialen Medien geben uns Politikern heute die Möglichkeit, uns überall und permanent zu allem zu äußern. Das ist verlockend und viele erliegen dieser Verlockung. Ohne die notwendige Reflexion – und Selbstreflexion! – wird schnellstmöglich agiert und reagiert. Für den kurzlebigen medialen Erfolg und ein paar Likes werden dabei über lange Jahre etablierte Wege der diplomatischen und politischen Auseinandersetzung geopfert.

Die sozialen Medien geben aber auch dem Bürger die Möglichkeit, sich überall und permanent zu allem zu äußern. Genutzt wird dies in erster Linie für das Anbringen von Kritik, wozu sich jeder befähigt fühlt.

Beschimpfungen und Beleidigungen sind keine Ausnahme, sondern die Regel. Die Bereitschaft, die eigene Meinung und die eigene Komfortzone aggressiv zu verteidigen, scheint zu steigen. Und das schlägt sich auch außerhalb des Internets nieder. Man hat das Gefühl, dass sich Hass im Netz und echte Gewalt gegenseitig befeuern.

Wie eine Befragung in Niedersachsen ergab, wurde jeder zweite Ortsbürgermeister schon einmal bedroht. In etwa einem Drittel aller Rathäuser werde mindestens einmal im Monat randaliert, heißt es darin unter anderem. Die Hälfte der Beschäftigten sei mindestens monatlich – in einem Drittel sogar wöchentlich – verbaler Aggression ausgesetzt, so der NDR.

60 Prozent der Beschäftigten in den niedersächsischen Behörden wurden bereits bedroht, bevorzugt per E-Mail oder Sozialem Netzwerk. Etwa 40 Prozent wurden bereits körperlich angegriffen.

Gerade erst hat der Amtskollege aus Kerpen angekündigt, nicht mehr kandidieren zu wollen, weil er seiner Familie das Risiko nicht zumuten wolle. Er war gleich mehrfach Drohungen ausgesetzt. Ausschlaggebend für den Rückzug war dann die Nachricht in seinem Briefkasten, wonach seine „Kinder es zu spüren“ bekämen, wenn er sich nicht „intensiver für den Hambacher Wald einsetzen“ würde.

Wenige Tage zuvor schrieb der Kollege aus Kamp-Lintfort bundesweite Schlagzeilen, weil er zum Eigenschutz einen schweren Waffenschein beantragt hatte.

Auch ich könnte Ihnen da die eine oder andere Geschichte erzählen. Auch mir hat man schon das Auto zerkratzt. Einmal auch die Radmuttern gelöst. Auch angespuckt wurde ich schon.

Wo findet man bei solchen Entwicklungen noch Menschen, die auf dem Fundament fester eigener Überzeugungen noch Politik gestalten wollen? Wir laufen hier Gefahr, dass uns nach und nach der politische Nachwuchs wegbriecht, weil einfach keiner mehr den Job machen will.

Ich möchte Ihnen an der Stelle gerne einen Auszug aus einem Schreiben vorlesen, das in der vergangenen Woche bei einem SPD-Ratsmitglied hier in Kaiserslautern im Briefkasten lag. Anlass ist, wie sollte es anders sein, der bevorstehende Entscheid zur Stadionmiete des FCK.

Ich zitiere: „Bald wird Euch Sozen die AfD ablösen. Dann könnt Ihr den Zug nach Auschwitz nehmen.“  
Ich denke, viel mehr muss ich an dieser Stelle dazu gar nicht sagen. Das Schreiben steht für sich.

Insgesamt müssen wir feststellen, dass sich die Umgangsformen dramatisch verändern.

Was können wir dagegen tun?

Der ehemalige Verfassungsrichter Wolfgang Böckenförde hat einmal gesagt: „Der demokratische Staat steht auf Grundlagen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Gemeint waren damit Werte wie etwa Respekt, Solidarität oder Mitmenschlichkeit.

Wir können uns diese Werte nicht einfach per Gesetz verordnen.

Wem in der Vermittlung dieser Werte stets eine Schlüsselrolle zukam, sind die Kirchen.  
Der Einfluss der Kirchen auf den gesellschaftlichen Diskurs schwindet jedoch seit Jahren. Mit zunehmendem Wohlstand ging die Säkularisierung einher.

Dies wiederum führte dazu, dass die Kirchen ihre eigenen Strukturen begannen zu hinterfragen.  
Ein in vielerlei Hinsicht sicherlich wichtiger Prozess. Aus dieser Position der eigenen Unsicherheit heraus fällt es jedoch schwer, eine Richtung vorzugeben und den gesellschaftlichen Diskurs zu beeinflussen. Was erneut dazu führt, dass sich immer mehr Menschen von den Kirchen abwenden.  
Es ist also in gewissem Sinne ein Teufelskreis, in dem die Kirche hier steckt. Eine einfache Lösung, dem zu entkommen, fürchte ich, gibt es nicht.

Ich möchte zum Abschluss auf die Frage zurückkommen: Ist Kommunalpolitik noch interessant für Kommunalpolitiker?

Ich muss zugeben, es gibt Momente, in denen man zweifelt. Aktuell gibt es auch, ich erinnere an das Schreiben im Briefkasten, durchaus Momente der Angst.

Warum ich aber dennoch uneingeschränkt für ein Engagement in der Politik werben möchte, liegt in meinem festen Glauben an unser demokratisches System begründet.

Wir brauchen junge Menschen, die sich politisch engagieren, und zwar auf den in unserem Staat dafür vorgesehenen Wegen. Dazu beitragen zu können, dass es in der eigenen Stadt oder dem eigenen Landkreis vorangeht, ist eine immer noch höchst reizvolle Aufgabe.

Und es gibt auch Dinge, die mich optimistisch stimmen. So haben wir mittlerweile wieder ein sehr aktives Jugendparlament.

War der Job früher einfacher? Ja, das war er sicherlich, und ich würde mir wünschen, wenn wir ein Stück wieder dahin kämen.

Ist das ein Aufruf, alles friedlich zu akzeptieren, was der Staat beschließt? Nein.

Es ist ein Aufruf an uns alle, nicht immer nur an das eigene Wohl zu denken, sondern an das Wohl der Gemeinschaft. Ein bisschen weniger Egoismus würde uns allen guttun.

---

Gottesdienst in der Friedenskirche Kaiserslautern

Musikalische Gestaltung: Prof. Dr. rer. nat. Helmut Sitzmann (Orgel), Formation „Bass2Voice“

Im Anschluss: Jazzmatinee „Jazz in der Kirche“ mit Lisa Mörsdorf, Jörg Kirsch, Thorsten Requadt